

Quelle

Datum

Bush will ein weltweites C-Waffen-Verbot

Doch liegt das Problem nicht mehr bei den Großmächten, sondern in der Dritten Welt

Von Josef Joffe *W3 149*

Die USA besitzen etwa 27 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe – die UdSSR hat 50 000 zugegeben; westliche Schätzungen liegen indes bei 300 000 Tonnen. All dies sollen die beiden Supermächte vernichten, wenn George Bush durchsetzen kann, was er gerade auf der UNO-Vollversammlung verkündet hat.

Sein Plan, der verwirklichen soll, was seit mehr als 60 Jahren ein Traum geblieben ist, umfaßt drei Elemente. Erstens: Schon vor einem weltweiten C-Waffen-Bann wollen die USA 80 Prozent ihrer Vorräte vernichten – freilich unter der Maßgabe, daß „die Sowjetunion sich uns anschließt, um die Potentiale auf gleiches Niveau zu verringern“, und „überwacht werden kann, daß die Arsenale tatsächlich zerstört werden“. Zweitens: Nach Unterzeichnung eines globalen Vertrages verpflichten sich die USA, binnen acht Jahren 98 Prozent ihrer Bestände zu vernichten, so die Sowjets das gleiche tun. Drittens: Nach Ablauf dieser Achtjahresfrist kommen die restlichen zwei Prozent in die Verbrennungsöfen, so daß die USA nach

insgesamt zehn Jahren bei null anlangen. Auch an diesem Gelöbnis hängt eine Bedingung: Alle Nationen, die C-Waffen produzieren können, müssen dem Abkommen beitreten.

Die gute Nachricht dabei ist, daß die Sowjetunion die Initiative mit vorsichtigem Wohlwollen kommentiert hat: „Es war eine konstruktive Erklärung“, sagte der sowjetische Außenminister Schewardnadse, obwohl die „spezifischen Vorschläge noch genauer geprüft werden müssen.“ Die schlechte Nachricht ist, daß die Bedingungen, die Bush an die Verwirklichung geknüpft hat, von „schwierig“ bis zu „fast unmöglich“ reichen.

Inspektionen? Im Prinzip sind sich Sowjets und Amerikaner noch nie so nahe gewesen wie jetzt (jahrzehntelang hatte Moskau nicht einmal offiziell den Besitz von C-Waffen zugegeben). Auch läßt sich die Vernichtung trefflich beobachten, nur: Nichts ist schwerer als die Überwachung eines Produktionsverbots, das logischerweise mit einem Besitzverbot einhergehen muß. Zwischen (technisch eng verwandten) Insektizid- und Gasfabriken zu unter-

scheiden, ist zwar möglich, aber das Schummeln ist es auch.

Als fast unmöglich erscheint die universelle Akzeptanz eines solchen Abkommens. Hier rächt sich, daß der Rest der Welt den Irak allenfalls mit einem milden Klaps dafür „bestraft“ hat, daß er im Golfkrieg Gas gegen Iraner und Kurden eingesetzt hat. Die Lehre, die Besitzer und Schwellenländer aus diesem Krieg gezogen haben, ist eine zweifache. Erstens „funktioniert“ Gas; so mancher Experte glaubt, daß die panikartige Angst vor dem Gasbeschuß den Kampfwillen der iranischen Front-Truppen gebrochen habe. Zweitens hat der Einsatz des „Höllengifts“ kaum einen politischen Preis gefordert – siehe den gedämpften Aufschrei der Welt.

Fazit: Das Problem liegt heute nicht mehr zwischen West und Ost, sondern bei den Kleinmächten der Dritten Welt. Möglich aber ist, und darin liegt die Hoffnung, daß die Einigung der beiden Großen nicht nur Schule macht, sondern auch zu einer gemeinsamen Ost-West-Politik führt, die den Kleinen das schmutzige Geschäft vergällt und verdirbt.

4 